

An einem Wendepunkt

Japan muß seine Rolle neu bestimmen

Als Wirtschaftsmacht ist Japan weltweit präsent. Sein Brutto-sozialprodukt ist größer als das aller anderen asiatischen Länder zusammen. Aber gesellschaftlich und auch religiös erschließt sich Japan dem Außenstehenden nur sehr schwer. Derzeit gibt es Anzeichen für eine Wiederbelebung eines übersteigerten japanischen Patriotismus und des traditionellen Kaiserkults. Davon sind zuletzt die christlichen Kirchen herausgefordert, die in Japan nur verschwindende Minderheiten ausmachen, aber durch ihre Erziehungs- und Sozialeinrichtungen weit über die eigenen Gemeinschaften hinaus beachtet werden.

Mit dem Tod des Kaisers Hirohito am 7. Januar 1989 ging die „Showa“ (Zeit des „glorreichen Friedens“) genannte Regierungsperiode, die von 1925 bis 1990 dauerte, zu Ende und begann die neue Zeitrechnung des 125. Tenno, Akihito und seiner „Heisei“ genannten Regierungsperiode. Die 65jährige Regierungszeit des Showa-Tenno stellt eine wichtige Epoche dar, die vom Ende des 1. Weltkrieges, in dem Japan zu den „Siegermächten“ gehörte und zur führenden Macht in Asien avancierte, bis heute reicht. Anfang der dreißiger Jahre begann Japan, seinen Einflußbereich auf die Mandschurei und China auszudehnen, eine Expansionspolitik, die, im pazifischen Krieg auf Gesamtasien ausgedehnt, im Zusammenbruch des Imperiums, der Kapitulation und Besetzung Japans endete. Auch die Phase des Wiederaufbaus und Japans Aufstieg zur wirtschaftlichen Vormacht in Asien und in der Welt ist mit dem Tenno Hirohito verbunden. Sein Tod markiert einen Einschnitt und kam zu einer Zeit, in der Japan erneut auf der Suche nach der eigenen Identität, nach nationalen Zielsetzungen und seinem Platz in der Staatengemeinschaft ist.

Kritik am Umgang mit der Vergangenheit

Das Image als „Japan Incorporated“ – der nationalen „Großfirma Japan“ – ist in seiner einseitigen Charakterisierung Japans als bloßer Wirtschaftsmacht nicht länger zutreffend. Japan hat sich lange eine Sonderstellung bewahrt, indem es auf der einen Seite als *Militärmacht* so gut wie inexistent war, sich unter dem mächtigen Schutz der USA als *Handelsmacht* aber immer weiter entwickeln konnte. Die Kriege in der Region – der Koreakrieg (1950–53) und der Vietnamkrieg (1962–75) – waren für Japan wirtschaftlich gesehen lukrative Unternehmen. An beiden Kriegen hat Japan, das wesentliche Aufgaben in der Logistik übernommen hatte, gut verdient. Die wirtschaftliche Expansion in den asiatischen Raum hat den Japanern überall in Asien eine dominierende Stellung auf dem Handelssektor gebracht. Das japanische Kapital ist mächtig und wird entsprechend geachtet. Freunde haben sich die Japaner mit ihrer oft aggressiven

Marktstrategie in der Region nicht gemacht. Kritisiert wird, daß sie es nach dem pazifischen Krieg immer vermieden haben, ihre Schuld an den kriegerischen Auseinandersetzungen und der oft monströsen Verletzung der Menschenrechte in den Nachbarstaaten durch japanisches Militär einzugestehen. Auch bei dem Besuch des koreanischen Regierungschefs *Rob Tae Wob* in Japan im Frühjahr 1990 haben sowohl der Ministerpräsident Kaifu als auch der neue Kaiser Akihito nur „ihr Bedauern“ über das japanische Verhalten während der Kriegszeit ausgedrückt, ein Schuldeingeständnis aber konsequent vermieden. Die nie sehr substantiell ausgefallenen Entschädigungsleistungen („Blutgeld“ genannt) an die durch die kriegerischen Invasionen Japans in Mitleidenschaft gezogenen Staaten Südostasiens hat Japan zumeist in der Form versteckter Investitionen zum Segen der eigenen Wirtschaft gezahlt. Die innenpolitische Diskussion, vor allem zur Zeit des als nationalistisch eingestuften Ministerpräsidenten Nakasone, über die Sprachregelung für japanische Schulbücher im Fach Geschichte, inwieweit Japan im pazifischen Krieg „Angriffskriege“ in den Nachbarländern unternommen habe oder nicht, hat in Korea, der VR China, aber auch in Indonesien und den Philippinen für böses Blut gesorgt.

Auf dem Weg zur politischen Neuorientierung?

Das neue Selbstbewußtsein Japans zeigt sich in den vielen japanischen Touristen, die überall auf der Welt in Gruppen auftreten und mit ihren „harten Yen“ grundsätzlich „angesehene Gäste“ sind. Das Verhalten bestimmter Gruppen von japanischen Touristen, die als „Sex-Touristen“ in den asiatischen Nachbarländern japanische Macho-Phantasien ausleben, hat antijapanische Gefühle weiter anwachsen lassen. In Japan selber ist dagegen eher das *Neuerwachen eines übersteigerten Patriotismus* zu beobachten. Die den Japanern nachgesagte „Inselmentalität“ (*shimaguni-konjo*) hat es ihnen in der Geschichte schon immer schwer gemacht, sich als ein Volk unter anderen Völkern, als „Asiaten“ unter „Asiaten“ zu verstehen. Es war wiederum Ministerpräsident Nakasone, der laut in einem Interview mit amerikanischen Journalisten darüber nachdachte, daß Japan ein Land *sui generis* sei, das durch die Einheit der Sprache, die einheitliche Form der Erziehung und durch rassische Reinheit den meisten anderen Ländern der Welt überlegen sei.

Japan ist dabei, seine Stellung als politische Großmacht neu zu bestimmen. Bisher war man zufrieden, bei den Weltwirtschaftsgipfeltreffen zu den „Großen“ gezählt zu werden und beteiligt zu sein – eine Beteiligung, die auf weite Strecken „im Dabeisein“ und weniger im Mitbestimmen bestand. Ansonsten hielt man sich, was Aktivitäten auf dem Parkett der Weltpolitik anging, eher bescheiden

im Hintergrund. Die geopolitische Situation Japans, seine totale Abhängigkeit von ausländischen Rohstoffen bringt es mit sich, daß auf Dauer dieses Abseitsstehen nicht durchzuhalten ist. Japan ist für seine Öleinfuhren fast vollständig auf den Nahen Osten und dabei zu einem starken Teil auf den Irak und Iran angewiesen. Die Nahostkrise, die durch den Überfall des Irak auf Kuwait ausgelöst wurde, hat Japan aufgeschreckt. Eine militärische Auseinandersetzung im Nahen Osten hätte für Japan weitreichende wirtschaftliche Konsequenzen.

Die japanische Börse hat auf die Ereignisse im Nahen Osten mit starken Kurseinbrüchen – der Aktienindex (Nikkei Index) hat bis auf 48 % nachgegeben – reagiert. Japan spürt den Druck aus den USA, sich in dieser Auseinandersetzung mit mehr als nur moralischer oder finanzieller Unterstützung der UN-Resolutionen einzusetzen. Über die Frage, ob auch eine militärische Beteiligung Japans in dieser Krise in Frage komme, gibt es in Japan heftige Auseinandersetzungen. Im Inland waren es die Gewerkschaften, die sozialistische Partei und andere gesellschaftliche Kräfte, die sich gegen diese Absichtserklärungen der Regierung wandten, militärisch sich an einem eventuellen Konflikt im Nahen Osten zu beteiligen. Aber auch die Nachbarn Japans – VR China, Südkorea, Indonesien u. a. – beobachten ein mögliches militärisches Engagement Japans jenseits seines eigenen Territoriums mit gemischten Gefühlen. Zunächst hatte Ministerpräsident Kaifu einen Einsatz von japanischen Truppen grundsätzlich als mit der Verfassung nicht konform abgelehnt. Später brachte die Regierung einen Gesetzesentwurf ein, der auf eine Verfassungsänderung hinauslief, um den Einsatz von japanischen Truppen im Ausland zu legalisieren. Proteste kamen aus fast allen asiatischen Nachbarstaaten. Die Gesetzesvorlage für eine Erhöhung des Militärhaushalts und Autorisierung der Stationierung von japanischen Truppen im Ausland wurde am 6. November 1990 von der Regierung Kaifu zurückgezogen und nicht mehr zur Abstimmung gebracht.

„System Japan“ hinter der westlichen Fassade?

Das *Verhältnis zu den USA* ist dabei entscheidend wichtig. Seit 1945 haben die USA dem ehemaligen Gegner Japan die Möglichkeiten eröffnet, wirtschaftlich zu einer Großmacht zu werden, ohne sich selbst militärisch engagieren zu müssen. In den USA hat sich inzwischen die Ansicht durchgesetzt, daß die Gewichte dieser Partnerschaft sich so stark zuungunsten der USA verschoben haben, daß dringend eine neue Form der Kooperation, aber auch der Abgrenzung erfolgen müsse. Die Auseinandersetzungen betreffen zunächst die tatsächlichen oder – wie die Japaner gerne sagen – „angeblichen“ Handelsbarrieren, die Japan einem fairen Marktgeschehen entgegenstellt. Es sind aber nicht nur einige Lobbyisten, die in den USA verstärkt auf das Ungleichgewicht der Handelsbeziehungen

hinweisen und fordern, die Japaner stärker unter Druck zu setzen, ihren Markt endlich zu öffnen. Es gibt fertige Gesetzesvorlagen, Japan in die Liste der Länder aufzunehmen, gegen die wegen „unfairer Handelsschranken“ Sanktionen verhängt werden. Zugleich wird aber auch gefordert, die Startbedingungen grundsätzlich zu verändern und den Japanern einen angemessenen Anteil an der militärischen Last der Verteidigung des status quo aufzuladen. Es wird nicht einfach sein, für den wirtschaftlichen Riesen Japan – dessen Bruttosozialprodukt das der übrigen asiatischen Länder zusammen beträchtlich übersteigt – eine neue politische Rolle zu finden, die Japan nicht zu einer Bedrohung in den Augen seiner Nachbarn werden läßt.

Japan ist in den Jahren andauernder wirtschaftlicher Prosperität reich geworden und verfügt allein über mehr als die Hälfte der Sparguthaben der gesamten Welt. Zwischen 1981 und 1990 wurden 500 Milliarden US-\$ an Außenhandelsüberschuß erwirtschaftet. Die japanischen *Auslandsinvestitionen* haben sich gewaltig vermehrt. Nach starker Investitionstätigkeit in den USA und den asiatischen Nachbarländern haben die Japaner in den beiden vergangenen Jahren angefangen, sich im großen Stil in Europa zu beteiligen. Das besondere Zusammenspiel zwischen der japanischen Wirtschaft und den Banken ermöglicht eine Investitionspolitik, die längere Durststrecken und Verluste in Kauf nimmt, um bestimmte Märkte oder Marktanteile zu gewinnen. Der Reichtum des Landes ist allerdings sehr uneben verteilt. Der größte Teil der Gewinne geht wieder in einen weiteren Ausbau des Anteils Japans an der Weltwirtschaft. Die einfachen Japaner bezahlen die Abschottungspolitik ihrer Regierung gegenüber ausländischen Importen und mit phantastisch hohen Verbraucherpreisen. Das Leben in Japan ist ausgesprochen teuer.

In diesem Zusammenhang ist das Buch von *Karel van Wolferen* „The Enigma of Japanese Power“ (Vintage Books, New York 1990), das den Versuch unternimmt, dem Geheimnis der Macht und ihrer Verteilung in Japan auf die Spur zu kommen, von besonderer Bedeutung. Van Wolferen ist seit fast 30 Jahren als Korrespondent für eine Wirtschaftszeitung in Japan tätig und hat eine profunde Kenntnis des politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und religiösen Lebens des Landes. Er beschreibt, daß es ein eigentliches Machtzentrum mit klar umrissener Machtverteilung in Japan nicht gibt, sondern sich eine Struktur herausgebildet habe, die er das „System Japan“ nennt, eine ausgeklügelte Balance vieler Machtzentren in der Wirtschaft und Politik. Die These des Buches lautet, daß sich in Japan zwar die äußeren Formen einer Demokratie westlichen Vorbilds finden ließen und auch das Wirtschaftsleben an der Oberfläche den Gesetzen der liberalen Marktwirtschaft gehorche, daß aber hinter dieser Fassade die eigentliche Macht und ihre Ausübung vom „System Japan“ bestimmt werde. Dieses System besteht darin, daß in Japan viele an der Macht beteiligt sind, jeder aber immer bestrebt ist, keinen einzelnen so stark werden

zu lassen, daß er oder seine Gruppe allein die Macht in den Händen hätte.

Die Debatte um die Renaissance des Tenno-Kultes

Seit mehreren Jahren sind Bestrebungen in Japan zu beobachten, die auf eine Revision der Verfassung in verschiedenen Punkten hinarbeiten, zu denen vorrangig eine Stärkung der Stellung des Tenno, eine *Wiederbelebung des Staats-Shintoismus* und eines verstärkten Nationalismus gehören. Diese Bestrebungen werden von rechtsradikalen Gruppen, aber immer mehr auch von verantwortlichen Politikern der Regierungspartei unterstützt. Im Zusammenhang mit der Thronbesteigungszeremonie des neuen Kaisers Akihito, des Heisei-Tenno, die im November 1990 vor sich ging, wurden erneut die Stellung des Kaisers und die Rolle des Shintoismus als staatstragende Religion diskutiert. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die „Daijosai“ genannte Zeremonie der Thronbesteigung, gegen die sich vor allem christliche Gruppen, besonders in den protestantischen Kirchen, wandten. Die Thronbesteigungszeremonie als solche besteht im wesentlichen in einem Erntedankritus, in dem der Kaiser dem Gründer der kaiserlichen Dynastie frisch geernteten Reis opfert und selbst davon isst. Dabei betet er um Frieden und Wohlergehen der ganzen Nation. So jedenfalls wurde die Zeremonie durch die Regierung von Ministerpräsident Kaifu beschrieben. Sie ließ erklären, daß diese Zeremonie seit alters für die Fortführung der Dynastie als entscheidend wichtig angesehen werde und daß sie deshalb bereit sei, die Abhaltung dieser Zeremonie als eine öffentliche Funktion anzusehen und entsprechend auch mit staatlichen Mitteln zu unterstützen und sich daran zu beteiligen.

Diese Ansicht der Regierung steht im Widerspruch zur Meinung vieler Fachleute, die die *Trennung von Staat und Religion in der Verfassung* streng angewandt wissen wollen und sich gegen die staatliche Unterstützung einer religiösen Zeremonie stellten, mit der zugleich das traditionelle – durch die Verfassung ausdrücklich widerrufenen Verständnis von der „Göttlichkeit des Kaisers“ – wieder etabliert werden soll. Denn gewöhnlich wird diese Zeremonie anders verstanden. Nach der traditionellen Erklärung shintoistischer und nationalistischer Kreise wird der Kaiser in dieser Zeremonie seiner „göttlichen Natur“ teilhaftig und erreicht „einen göttlichen Status“ (divine character). In der Nachkriegsverfassung Japans ist nur von der staatlichen Zeremonie (Sokuino-rei) als Thronbesteigungsfeierlichkeit die Rede. Die Zeremonie des „Daijosai“ wird überhaupt nicht erwähnt. Die Kritik am Vorgehen der Regierung beinhaltet den Vorwurf, daß sie über die Zeremonie des „Daijosai“ daran gehe, die Verfassung grundlegend zu ändern und eine reaktionäre Rückkehr zur Vorkriegsverfassung vorzubereiten. Andererseits wurde betont, daß der Heisei-Kaiser (Akihito) sich gegen die staatliche Unterstützung dieser religiösen

Zeremonie wende, sich aber gegen den „kaiserlichen Haushalt“ und die Pläne der Regierung nicht durchsetzen konnte. In dieser Frage sei er in seiner Religions- und Handlungsfreiheit eingeschränkt.

Bei der Krönungszeremonie am 12. November wurde vielfach beachtet, daß der neue Kaiser in seiner Thronrede zweimal ausdrücklich und respektvoll die japanische Verfassung erwähnte. Dies wurde von den Gegnern der revisionistischen Politik des Hofes und von Teilen der jetzigen Regierung dahingehend interpretiert, daß sich der neue Kaiser ausdrücklich zu der ihm in der Verfassung zugewiesenen Rolle als „Symbol für den Staat und die Einheit“ bekannt und sich gegen Spekulation über eine Renaissance eines Gott-Kaisertums gewandt habe. Die staatliche Feier der Kaiserkrönung, an der viele ausländische Repräsentanten teilnahmen, konnte nur unter dem Schutz starker Polizeikräfte vor sich gehen. Bei der Feier des Daijosai am 22. November erreichten die Proteste gegen diese vom Staat getragenen shintoistischen Feierlichkeiten ihren Höhepunkt. Der Japanische Christenrat hat fast 200 000 Unterschriften gegen die staatliche Beteiligung an der Abhaltung der „Daijosai-Zeremonie“ und die Bereitstellung von staatlichen Mitteln dafür in der Größenordnung von fast 120 Millionen Mark zusammengebracht. Die Gesamtkosten der Krönungsfeierlichkeiten sollen sich auf ca. 225 Millionen Mark belaufen. Auch die japanische katholische Bischofskonferenz kritisierte die staatliche Beteiligung an den „Daijosai-Feierlichkeiten“. Es gab aber auch Katholiken, zusammengeschlossen in einer „Katholischen Aktions-Vereinigung“, die zu besonderen Gottesdiensten und Gebeten für den Kaiser aufriefen. Bei den Katholiken in Japan spielen die negativen Erfahrungen des Ritenstreites eine wichtige Rolle. Durch zu starken Rigorismus in der Ablehnung von Ahnenverehrung und Kaiserkult waren die Katholiken in Japan in den Vorkriegsjahren in den Ruf gekommen, antipatriotische Kräfte zu sein.

Die religiöse Situation erscheint widersprüchlich

Protestaktionen gingen aber nicht nur von christlichen Gruppen aus. Auch andere politische Gruppierungen und Gewerkschaften äußerten ihren Widerstand, mit zum Teil gewaltsamen Aktionen, wie Brandstiftung an shintoistischen Tempelanlagen. Widerstand kam auch aus *buddhistischen* Kreisen. Die Demonstrationen gegen die Feierlichkeiten der Kaiserkrönung riefen ihrerseits wieder Gegendemonstrationen von rechten bis rechtsradikalen Gruppierungen hervor. Es kam zu Anschlägen auf das Leben einiger besonders herausragender Kritiker an der staatlichen Beteiligung beim Daijosai. So wurde z. B. das Haus des Präsidenten der protestantischen Meiji Gakuin Universität, die in besonderer Weise gegen die Wiederbelebung des Kaiserkultes Front gemacht hatte, von Rechtsradikalen beschossen. Schon am 18. Januar 1990 war der katholische Oberbürgermeister *Motojima* von Nagasaki

von einem Revolverschützen lebensgefährlich verletzt worden, weil er von einer Schuld des verstorbenen Kaisers Hirohito am Krieg gesprochen hatte.

Von außen gesehen erscheint die religiöse Situation Japans äußerst *widersprüchlich*. Informiert man sich anhand der offiziellen Statistiken des Erziehungsministeriums über die verschiedenen Religionen Japans, dann erscheint Japan als ein ausgesprochen religiöses Land. Denn die Zahlen, die dort für die großen Religionen: Buddhismus, Shintoismus, die Neuen (oder auch „Neu“ neuen) Religionen und das Christentum angegeben werden, belaufen sich in der Addition auf gut 200 Millionen „Gläubige“, während die Gesamtbevölkerung Japans gerade 120 Millionen beträgt. Bei Statistiken, die nach der persönlichen religiösen Überzeugung der individuellen Japaner fragen, ergibt sich dann, daß nur ca. ein Drittel aller Japaner sich persönlich zu einer Religion bekennt. In dieser Art der Statistik schneidet dann das Christentum im Verhältnis zu den anderen Religionen weitaus besser ab, als die von den verschiedenen Kirchen geführten eigenen Kirchenmitgliedslisten erwarten ließen. Das Christentum genießt in Japan viel Sympathie, und sein Einfluß erstreckt sich über die vielen schulischen und karitativen Einrichtungen weit über den Kreis der getauften Mitglieder hinaus.

Seit 1941 sind die meisten *protestantischen Kirchen* in der „Vereinigten Kirche Christi in Japan“ (Kyodan) zusammengeschlossen. Auch wenn sich nach dem Krieg einige Kirchen – z. B. die Lutheraner und die Baptisten – wieder aus dieser seitens der japanischen Regierung erzwungenen Gemeinschaft ausgeklinkt haben, hat der Kyodan der Stimme der protestantischen Kirchen in Japan und Asien mehr Gewicht verschafft. Die Erfahrungen während des pazifischen Krieges haben das politische und gesellschaftliche Gewissen der Protestanten geschärft. Angesichts der japanischen Schuldverdrängung an den Menschenrechtsverletzungen während des Krieges hat der Kyodan 1967 ein Schuldbekanntnis abgelegt, das in der japanischen Gesellschaft viel Beachtung fand. Die protestantischen Kirchen setzen sich stark für die Randgruppen und Minderheiten des Landes – die Ainu, die Koreaner und die Burakumin oder Eta (wegen ihrer Herkunft und Berufszugehörigkeit diskriminierte Volksgruppen) – ein. Auch in der Friedens- und Antiatombewegung sind viele protestantische Christen engagiert. Große Beachtung im Lande – und manchmal starke innerkirchliche Kontroversen – findet der Einsatz der protestantischen Kirchen gegen eine mögliche Restauration des Staatshintoismus, des japanischen Kaisersystems und der Tenno-Ideologie. Es ist nicht nur der aktuelle Anlaß der Kaiserkrönung, der die Protestanten auf den Plan gerufen hat. Seit Jahren wenden sie sich gegen alle Versuche, den Yasukuni-Schrein in Tokio zu einer nationalen Gedenkstätte für die Seelen aller im Krieg gefallenen japanischen Soldaten in staatlicher Trägerschaft zu machen. Gegen diesen Heldenkult haben sie bisher mit viel Einsatz sich gewandt und auch politische Wirkung erzielt.

Die Kirchen des Kyodan arbeiten auf asiatischer Ebene

im Christlichen Kirchenrat Asiens (CCA) intensiv mit. Die theologische Arbeitsstelle der Vereinigung von südostasiatischen Theologen befindet sich in Kioto. Eine eigenständige *japanische protestantische Theologie* ist in Ansätzen erkennbar (vgl. Brennpunkte in Kirche u. Theologie Japans, hg. v. Y. Terazono / H. Hamer, Neukirchen-Vluyn 1988). International bekannt geworden sind Arbeiten von K. Kitamori (Theologie des Schmerzes Gottes), K. Takizawa, S. Yagi (christl.-buddh. Themen) und K. Koyama. Die ökumenische Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche hat eine Entwicklung durchgemacht, die mit der in vielen anderen Kirchen vergleichbar ist. Im Gefolge der Anstöße durch das II. Vatikanum gab es eine Periode sehr intensiver Kontakte, die gegenwärtig einer Phase eher institutionalisierter formaler Kontakte Platz gemacht hat. Im Zusammenhang der Proteste gegen die Kaiserkrönung haben sich christliche Gruppen über die Konfessionsgrenzen zu Aktionsbündnissen zusammengefunden.

Die katholische Kirche als „kleine Herde“

Im Jahr 1989 wuchs die katholische Kirche in Japan um 1724 Personen im Vergleich zum Vorjahr. Damit beläuft sich die Zahl der Katholiken in Japan gegenwärtig auf 424 028 (FABC Newsletter, No. 76, Aug–Sept. 1990). Von den japanischen Katholiken sind 59,3% Frauen und 40,7% Männer. Nur 6% aller Ehen mit katholischer Beteiligung wurden zwischen zwei Katholiken geschlossen. Wenn irgendwo die Bezeichnung „kleine Herde“ auf eine nationale Ortskirche paßt, dann sicher auf Japan. Vergleicht man die japanische Kirche mit der von *Südkorea*, werden die Unterschiede zwischen diesen beiden asiatischen Kirchen, deren Länder doch kulturell, religiös und auch wirtschaftlich so viel gemeinsam haben, bedrückend deutlich.

1987 haben die japanischen Bischöfe einen besonderen nationalen Kongreß zur Evangelisierung (NICE) zusammengerufen, um die Anstrengungen zur Verbreitung der christlichen Botschaft in Japan mit neuem Leben zu erfüllen. Drei Zielsetzungen für die zukünftige Arbeit der Kirche in Japan wurden damals festgelegt: 1. Verstärkung des inneren Zusammenhalts der Katholiken; 2. Dialog mit der japanischen Gesellschaft und 3. Verstärkung der Bemühungen, mit den Schwachen und Armen zusammenzuleben. Der damit begonnene Prozeß geht weiter und zeigt auch Auswirkungen. In Nagoya wurde in diesem Jahr ein katholisches Zentrum zur dauernden Weiterbildung für eine neue Evangelisierung aufgebaut.

Für die Verwurzelung der Kirche in der japanischen Gesellschaft sind die zahlreichen *Kindergärten, Schulen und Universitäten in katholischer Trägerschaft* von Bedeutung. Allerdings ist umstritten, inwieweit diese meist als Eliteschulen anzusehenden Einrichtungen nicht eher zur Verfestigung des ganz auf Wettbewerb und Leistung getrimmten japanischen Schul- und Gesellschaftssystems

beitragen. Gesellschaftskritische Anstöße gehen von ihnen kaum aus. Die äußeren Bedingungen für die Arbeit der Kirche sind gut, da es keinerlei staatliche Einschränkungen gibt. Als kleine Minderheit von weniger als 1% der Bevölkerung sind die Katholiken eine kleine Gruppe mit starker Innenbindung. Auf 55 Katholiken kommt eine „geistliche Berufung“ zum Priester- oder Ordensstand. Dies zeigt sich z. B. bei den vielen Schwesternberufungen, bei denen wohl auch mitspielt, daß katholische Mädchen in Japan kaum Chancen haben, einen katholischen Ehepartner zu finden und ihren Glauben „am sichersten“ im Rahmen einer Ordensgemeinschaft leben zu können glauben.

Bemühungen um die Begegnung mit anderen Religionen

Auf dem Gebiet der *Inkulturation* ist in Japan noch nicht viel geschehen. Die theologischen Bemühungen – in der gleichen Weise bei den protestantischen Institutionen – gelten in erster Linie der Rezeption der theologischen Erkenntnisse in Europa und den USA. Anstöße für eine Kontextualisierung finden sich am ehesten in Werken japanischer christlicher Schriftsteller, wie *Endo Shusaku*, *Sono Ayako*, *Tranaka Sumie* und anderer, die das Problem der Begegnung des Christentums mit der japanischen Kultur und Lebensart oft eindrucksvoll artikulieren. In der fernöstlichen Tradition spielt der „Weg“ eine große Rolle. „Weg“ – chin. „Tao“, jap. „michi“ – ist eine Kategorie, um den Anfang, das erste Prinzip zu beschreiben. Der japanische Jesuit *Kakichi Kadowaki* hat 1990 ein Buch „Theologie des Weges“ vorgelegt, das japanische Vorstellungen des „Weges“ mit dem „Logos“-Begriff der christlichen Tradition in Verbindung bringt. Das Ganze ist sicher noch keine ausgereifte japanische kontextuelle Theologie, aber doch ein wichtiger Versuch in diese Richtung. Im vergangenen Jahr wurde eine katholische Theologenvereinigung gegründet, die sich vornehmlich mit Fragen der Kontextualisierung befassen soll. Seit vielen Jahren besteht eine von protestantischen Theologen gegründete, aber ökumenisch offene, theologische Gesellschaft, die einmal im Jahr tagt.

Wegen der Minderheitensituation der Christen spielt die *Begegnung mit den anderen Religionen* für die japanische Kirche eine wichtige Rolle. Im Mittelpunkt steht der Kontakt zu den verschiedenen Richtungen des japanischen Buddhismus. Hier haben *P. Enomiya-Lassalle SJ*, der vor einigen Monaten gestorben ist, und *P. Dumoulin SJ* eine wichtige Pionieraufgabe erfüllt. Das Anliegen des interreligiösen Dialogs ist sicher noch auf weite Strecken ein Feld nur für die Spezialisten an bestimmten akademischen Institutionen. An der katholischen Nanzun-Universität in Nagoya besteht seit 10 Jahre ein Institut für Religion und Kultus; es hat eine Reihe fester Dialogpartner aus dem Bereich des Buddhismus, Shintoismus und der Neuen Religionen gewonnen, mit denen regelmäßig Kontakt gehalten wird. Wissenschaftler aus dem In- und Ausland wird

eine Unterkunft- und Studienmöglichkeit geboten. Es geschieht aber auch einiges auf Gemeindeebene und ganz einfach im Zusammenleben des Alltags. Ein erstaunliches Phänomen ist, daß viele nichtkatholische Ehepaare ihre *Hochzeit* in der katholischen Kirche feiern möchten. Viele Pfarreien haben eigene kurze Vorbereitungskurse für diese Klientel eingerichtet, in denen diese Nichtchristen über die Bedeutung von Ehe und Familie und den Sinn einer religiös geprägten Hochzeitszeremonie aufgeklärt werden.

Als kleine Minderheit hat die katholische Kirche sicher nur eingeschränkt Möglichkeiten, sich kritisch zu den Schattenseiten der japanischen Gesellschaft zu äußern und konkrete Sozialarbeit zu leisten. Die Kommission für Gerechtigkeit und Frieden der Bischofskonferenz hat sich in den letzten Jahren stark für vietnamesische Flüchtlinge, für die Verbesserung der Lage ausländischer Arbeitnehmer und andere Randgruppen eingesetzt. Ökumenische Zusammenarbeit gibt es im Einsatz der christlichen Kirchen für die Gelegenheitsarbeiter, die in Tokio, Osaka, Yokohama und Nagoya für die Großprojekte der Bauindustrie unabdingbar notwendig sind. In Kamagasaki, einem Viertel in Osaka, wo über 30 000 dieser Tagelöhner leben, wohnen oder vegetieren, ist der Einsatz von kirchlichen Gruppen besonders markant. Für die japanischen Politiker sind diese Menschen uninteressant, da sie keinen festen Wohnsitz haben und demnach auch nicht wählen können. Diese Arbeiter leisten die Arbeit mit den drei „K“ – im Japanischen: kitsui = anstrengend, kitanai = dreckig und kiken = gefährlich –, Tätigkeiten, die kein „normaler Japaner“ ausführen möchte.

Ökumenischer Einsatz für soziale Randgruppen

Getan wird diese Arbeit von Koreanern und von Japanern, die irgendwie aus dem „System Japan“ herausgefallen sind. 10% der Arbeiter im Kamagasaki sind Alkoholiker, 10% sind an Tuberkulose erkrankt, und eine unbekannte Zahl ist drogenabhängig. In Kamagasaki gibt es eine gut funktionierende ökumenische Zusammenarbeit bei den Aktivitäten, die hier von verschiedenen Kirchen durchgeführt werden. Die Kirchen unterhalten Restaurants, wo die Arbeiter billig oder auch kostenlos verpflegt werden, Begegnungsstätten, die Unterkunft zur Verfügung stellen; sie sorgen für die Wäsche und Kleiderreparaturen und sind vor allem im Winter in der Nacht auf den Straßen unterwegs, um Obdachlose „einzusammeln“. Staatliche Stellen sind an Kamagasaki offensichtlich nicht interessiert. In der Zusammenarbeit der Vereinigung Asiatischer Bischofskonferenzen (FABC) ist die japanische katholische Kirche in den verschiedenen Gremien engagiert, tut sich aber wegen ihrer relativen Sonderstellung als Kirche in einem Land, das wirtschaftlich zur „Ersten Welt“ gehört, schwer, nur eine „asiatische Ortskirche“ unter anderen zu sein.

Georg Evers